

17.02.2021

Rede zum Politischen Aschermittwoch der Freien Demokraten 2021

Lesedauer: 23 Minuten

Vielen Dank an Billy Burrito, meine sehr geehrten Damen und Herren, auch von mir ein herzliches Willkommen aus München zum politischen Aschermittwoch der Freien Demokraten. Er findet unter ganz besonderen Bedingungen statt. Er findet in München und ohne Publikum statt. Das ist eine Besonderheit im doppelten Sinne. Der bayerische Ministerpräsident, der hat ja gerade in seiner Rede auch darauf hingewiesen, dass die FDP in diesem Jahr von München aus ihren politischen Aschermittwoch sendet und nicht von Passau aus, wo das traditionell stattfinden müsse, so meint er. Und genau dieser Ministerpräsident erklärt also anderen die Tradition des politischen Aschermittwochs und trinkt aber gleichzeitig Cola light aus dem Bierkrug. Das kommt dabei raus, wenn ein evangelischer Franke Bayern erklären will und deshalb aus München. Prost, lieber Markus!

Es ist ein ganz besonderer politischer Aschermittwoch. Denn ein Jahr befinden wir uns in der Pandemie, meine Damen, meine Herren. Ich stelle mir jetzt die Frage, wie Sie die politischen Reden des heutigen Tages verfolgen, in welcher Situation Sie ganz persönlich sind. Vielleicht warten Sie schon viel zu lange auf den dringend ersehnten Impftermin. Möglicherweise sitzen Sie gerade zu Hause mit Ihren Kindern und verfolgen die Reden, weil Kinder und Jugendliche gegenwärtig nicht in Kita und Schule gehen können.

Viele von ihnen werden um ihre eigene wirtschaftliche Existenz bangen, weil zugesagte Hilfen noch nicht eingetroffen sind, weil Öffnungsperspektiven von der Politik noch nicht beschrieben sind. Und ich glaube, dass diese politische Situation, diese Stimmung, in der wir alle sind, auch Auswirkungen natürlich auf diesen Tag, hat. Bei aller Zuspitzung, bei aller Freude an der herzhaften politischen Auseinandersetzung, auch angesichts der Notwendigkeit, Unterschiede zu betonen, sollten wir gerade in diesem Jahr wie selten zuvor betonen, dass der eigentliche Gegner nicht der politische Mitbewerber ist, der eigentliche Gegner im Jahr 2021, das ist eine gefährliche Erkrankung und das ist der Stillstand in diesem Land. Ein Jahr Coronapandemie, ein Jahr voller Entbehrungen, ein Jahr voller Entscheidungen. Ein Jahr der Debatte. Ein Jahr, in dem wir alle etwas gelernt haben über Virologie, in der sich die mit Medien, vor allen Dingen mit dem Thema der Pandemie beschäftigt haben, wo es wissenschaftlichen Fortschritt gegeben hat und wo wir als Menschheit gemeinsam mit einer Herausforderung konfrontiert worden sind in einer Dramatik, wie niemand sie zuvor gesehen hat. Ein Jahr ist vergangen. Und dennoch hat sich in diesem einem Jahr zumindestens für die große Linie der Krisenpolitik unserer Bundesregierung kaum etwas verändert. Als die letzte Bund Länder Runde zusammenkamen und ihren Beschluss vorgelegt hat, da fand sich darin ein bemerkenswerter und ich finde geradezu verräterischer Satz. Er ging ungefähr so, ich zitiere ihn aus dem Kopf: "Im Kampf gegen die Pandemie ist das Prinzip 'Wir bleiben zuhause' immer noch das zentrale Instrument. Auch ein Jahr nach dem ersten Auftreten von Coronaerkrankungen in Deutschland, ist für die digitalisierte Industrienation Deutschland

nur noch die Freiheitseinschränkung das wesentliche Instrument. Nichts hat sich daran verändert. Ich halte es geradezu für einen Offenbarungseid für eine digitale Industrienation, dass sie die Menschen nur dazu auffordern kann, Kontakte einzuschränken und zu Hause zu bleiben, dass es keine alternativen Lösungen gibt, um mit der Pandemie fertig zu werden. Daran hat sich im vergangenen Jahr eben leider nichts und gar nichts geändert. Und mancher Politiker tritt auch so auf. Als würde er gerne den Menschen eine Richtung weisen und würde die Bürgerinnen und Bürger gerne auch mit dem erhobenen Zeigefinger belehren, was sich nun gehört und was nicht. Manche Bemerkung aus dem Mund von Ministerpräsidenten hört sich nicht an nach Pandemiebekämpfung, sondern nach Stubenarrest, den man den Menschen verhängen muss. Und daraus, meine Damen und Herren, muss sich unser Land nach einem Jahr der Pandemie endlich befreien: Diese Spirale aus Angst machen und dann alles dichtmachen.

Diese Spirale müssen wir überwinden durch eine intelligenter Bekämpfung der Pandemie. Missverstehen Sie uns als die Freien Demokraten nicht. Wir sehen die Gefährlichkeit der Coronaerkrankung. Sie darf nicht relativiert werden. Deshalb ist der Gesundheitsschutz auch noch eine hohe Priorität der staatlichen Verantwortungsgemeinschaft. Daran darf es keine Abstriche geben. Wer das leugnet oder wer beispielsweise den Umgang mit Corona vergleicht, mit den Regeln der Straßenverkehrsordnung, wo eben auch Sterbefälle hinzunehmen seien, wie das im Deutschen Bundestag vorgetragen worden ist, der disqualifiziert sich für jede Form politischer Verantwortung.

Aber dennoch muss nach einer Alternative gesucht werden, wie der notwendige Gesundheitsschutz mit unserer Freiheit, mit dem sozialen und wirtschaftlichen Leben besser ausbalanciert werden kann. Und genau diese Abwägung bleiben viele Politikerinnen und Politiker schuldig, bleiben Regierungen in Bund und Ländern schuldig, weil sie sich auf den einen Weg festgelegt haben: Den Weg des Stillstands im Land. Andere waren in der ersten Phase der Coronapandemie schlechter als Deutschland. Deutschland war groß darin, den Menschen früh Opfer abzuverlangen. Und andere haben eine andere Strategie bestritten, mit zum Teil vielen schweren Krankheitsverläufen und Sterbefälle. Aber das Blatt hat sich auch gewendet. Andere, die am Anfang schlecht waren, haben mit Unternehmergeist, mit unternehmerischem Handeln in der Politik aufgeholt und haben etwa beim Impfen enorme Fortschritte erzielt. Wenn also heute Regierungsvertreter Deutschland für den Weg loben und gar den Eindruck erwecken, andere in der Welt würden sich an Deutschland orientieren, so ist das höchstens die halbe Wahrheit. Denn an den Fortschritten oder eben unterblieben Fortschritten beim Impfen in Deutschland, bei der Zögerlichkeit, der Zulassung von Schnell- und Selbsttests, da ist Deutschland eben nicht der Maßstab. Da laufen uns andere den Rang ab. Umso mehr eine Motivation von uns, dass wir uns wieder an diejenigen orientieren, die in diesen Fragen in der Welt besser sind. Und das sind nicht nur Technologienationen wie beispielsweise Israel, das sind nicht Länder in Ozeanien, die aufgrund ihrer Insellage andere Voraussetzungen haben als wir. Österreich, also ich meine, Österreich ist bei den Schnelltests, bei der Zulassung von Selbsttests besser als die Bundesrepublik Deutschland. Und spätestens was die Österreicher können, das sollten wir uns auch vornehmen. So viel weiterentwickelt, so viel fortschrittlicher als wir ist Österreich bei aller nachbarschaftlichen Freundschaft gewiss nicht. Das zumindestens sollte unser Anspruch sein. Schauen wir also auf die ehrliche Bilanz. So ist einiges aufzuholen, einiges besser zu machen. Beginnen wir damit, die wirklichen Risikogruppen besser und wirksamer zu schützen. Leider hat die Regierung in den vergangenen Monaten sowohl im Bund als auch in den Ländern oft den Eindruck erweckt, ja,

man könne die die so genannten vulnerablen Gruppen gar nicht schützen, es seien zu viele. Deshalb ist schon der Versuch unterblieben, den Schutz von Betagten und Hochbetagten, von Menschen mit einer Behinderung, einer Vorerkrankung zu einer nationalen Kraftanstrengung zu erklären. Die Möglichkeiten der Bundeswehr. Wie viele freiwillige Reservisten und Reservisten hätte es gegeben, die sich aller Mühe unterzogen hätten, z.B. vor Alten und Pflegeheime Tests durchzuführen? Die sind gar nicht abgerufen worden an vielen Stellen. Es wäre nicht nur unsere moralische Verpflichtung gegenüber der Generation unserer Eltern und Großeltern gewesen, hier für einen wirksamen Schutz zu sorgen, ohne diese Menschen zu isolieren, sondern Teilhabe durch Teststrategie und Masken zu erreichen. Es wäre nicht nur unsere moralische Verpflichtung gewesen. Es wäre auch ein Baustein gewesen, um den einmal als "Wellenbrecher-Lockdown" begonnenen Stillstand im November mindestens anders auszugestalten. Es wäre ein Baustein für eine Strategie der Öffnung oder des Offenhaltens gewesen, wenn die wirklich bedrohten Menschen von Beginn an mit allen Möglichkeiten geschützt worden wären. Diese Aufgabe wird uns erhalten bleiben. Wir wissen nicht, ob es der einst Mutationen geben könnte, bei denen der Impfschutz weniger wirksam ist. Wir wissen nicht, ob uns andere Pandemien, neue Zoonosen betreffen könnten. Und es gibt Menschen, die wollen sich nicht impfen lassen oder die können sich auf Grund der Behandlung einer anderen Krankheit nicht impfen lassen. Das heißt, die Notwendigkeit, die in Bezug auf Corona Schwächsten und Verletzlichsten unserer Gesellschaft wirklich zu schützen, diese Notwendigkeit bleibt uns erhalten. Wir dürfen sie nicht ein zweites Mal so vernachlässigen, wie das leider spätestens seit dem Sommer des vergangenen Jahres passiert ist. Übrigens auch hier in Bayern ist der Schutz nicht hinreichend wirksam gewesen. Zum zweiten die Frage des Impfstoffs. Wir haben einen Impfstoff, der in Rheinland-Pfalz entwickelt worden ist. Freundliche Grüße an das Wahlkampfland Rheinland-Pfalz. Das ist ein Segen für die Menschheit, dass durch Spitzenforschung eine Innovation erreicht worden ist, die am Ende uns Schutz vor einer schweren Erkrankung verspricht. Leider haben wir ihn nicht hinreichend bestellt. Ein zögerlicher Bestellprozess. Auch das darf sich nicht wiederholen. Da darf nicht die Europäische Union knauserig sein bei der Bestellung des Impfstoffs, der Freiheit ermöglicht, während auf der anderen Seite, wer weiß genau wofür, 750 Milliarden Euro an zusätzlichen Aufbauhilfen für unsere Partner und Freunde in Europa versprochen werden. Beim Impfen bei der Impfstoffbestellung hätte man nicht knausern können.

Und es gibt noch eine zweite Lehre aus dem Erfolg von Biontech. Sprechen wir es am Aschermittwoch einmal undiplomatisch aus: Biontech und der dort entwickelte Impfstoff ist ein Triumph über jede schwarze und grüne Ideologie in der Politik. Denn mit schwarzer wie grüner Ideologie, wie wir sie seit Jahrzehnten gesehen haben, wäre niemals dieser Impfstoff entwickelt worden. Die Schwarzen haben immer noch eine Vorstellung von Deutschland als einem Land, dass Einwanderung höchstens in Kauf nimmt, statt Spitzentalente wie die Gründer von Biontech aktiv zu uns einzuladen, damit sie hier ihr Glück finden und im gemeinsamen Nutzen arbeiten. Und grüne Ideologie, die jede Form von Gentechnik in unserem Land verhindern wollte, die hätte dafür gesorgt, dass woanders die Spitzentalente einen Impfstoff entwickeln. Aber gewiss nicht in Deutschland. Biontech ist ein Triumph über schwarze und grüne Ideologie. Und dieser Triumph sollte uns eine Lehre sein für die zukünftige Gestaltung von Rahmenbedingungen in Deutschland. Als ein buntes, offenes Einwanderungsland mit einer Willkommenskultur, die auf dem Grundgesetz basiert und nicht auf anderen leitkulturellen Vorstellungen, die offen ist für jede und jeden, der bei uns in Deutschland seine Talente einbringen will und uns bereichern will. Und auf der anderen Seite eine Offenheit für innovative Forschung, ein Vertrauen gegenüber Wissenschaftlerinnen und

Wissenschaftlern, dass sie selbstverständlich ihre Erkenntnisse auch ethisch abgewogen suchen. Die brauchen nicht fortwährend die Belehrung aus der Politik oder gar die Bevormundung von Politikerinnen und Politikern, im wahrsten Sinne des Wortes vom grünen Tisch, was sie zu tun und zu lassen haben. Viele von ihnen haben soziale Ziele bei den Forschungsinteressen, die sie haben, und alle haben ein ethisches Fundament, sonst würden sie nicht im akademischen Bereich in Deutschland arbeiten. Also ziehen wir die richtigen Lehren aus dem Erfolg von Biontech und wehren wir uns gegen diese überkommenen Ideologisierungen der Politik.

Zum zum Dritten, wo brauchen wir mehr Unternehmertum? Natürlich bei den Kitas und Schulen. Gerade heute hat meine Kollegin im Parteivorsitz, Frau Baerbock, von den Grünen größere Anstrengungen gefordert, um mehr zu tun für Kitas und Schulen. Völlig zu Recht, sagt Frau Baerbock, eine große Herausforderung für uns sei, dafür zu sorgen, dass die Kinder und Jugendlichen nicht auf Dauer abgehängt werden. Sie haben keinen Präsenzunterricht gehabt und das Homeschooling funktioniert beileibe nicht überall gut. In mancher Schule, ja in vielen Familien konnten die ausgefallene Unterrichtsstunden durch Förderung am Küchentisch ausgeglichen werden. Aber das gelingt nicht überall und das gelingt nicht überall in gleich guter Weise. Im Übrigen sind die Familien jetzt auch mit den Nerven fertig, wenn jetzt über viele Wochen die Kinder zuhause sind. Nicht jeder, und wenn es nach den Grünen geht, erst recht nicht jeder, verfügt über ein Einfamilienhaus mit großem Garten, sondern viele sind in beengten Verhältnissen mit den Kindern zusammen, müssen fördern und haben vielleicht zugleich noch berufliche Verpflichtungen. Oft genug sind es ja die Mütter, die dann die besonderen Lasten tragen, dass Kitas und Schulen geschlossen sind. Deshalb ist es richtig, wenn Frau Baerbock sagt "Jawohl, wir müssen etwas tun für Kitas und Schulen". Ich stimme zu. Ja, wir brauchen eine Bildungs- und Betreuungsgarantie für die Zukunft. Bund, Länder und Gemeinden müssen sich zusammentun, um die Förderqualität für alle Kinder und Jugendlichen für eine ganze Generation zu verbessern. Auf Dauer, weil sich die Wettbewerbsfähigkeit unseres Landes an der Qualität der Bildung festmacht. Aber gerade auch jetzt, weil vieles aufgeholt werden muss, was bei einer Schülergeneration durch die Pandemie verloren gegangen ist. Da sind wir im Deutschen Bundestag sofort dabei. Über mehr Verantwortung für den Bund in der Bildung zu sprechen und seine finanziellen Möglichkeiten mit einzubringen. Es macht keinen Sinn, dass 16 Länder jeweils eigene Onlinelernplattformen weiterentwickeln. Da brauchen wir mehr Vergleichbarkeit. Das schafft mehr Tempo und auch mehr Qualität.

Aber, dass ausgerechnet die Grünen jetzt das Schließen von Kitas und Schulen beklagen, entbehrt nicht einer gewissen Komik. Denn in den letzten Wochen und Monaten waren es die Grünen nicht, die öffentlich dafür plädiert haben, Kitas und Schulen offen zu halten, durch kluge Konzepte den Unterricht zu gestalten, durch Luftreinigersysteme, durch Masken und Schnelltests. Da haben wir eher eine grüne Partei gesehen, die sehr verhalten gewesen ist, wenn es darum ging, der Regierung Vorschläge zu unterbreiten oder Versäumnisse zu kritisieren. Manche haben den Eindruck gewonnen, in der Pandemiepolitik waren die Grünen sehr nachsichtig mit der Regierung Merkel, weil sie auf einer Schleimspur selbst ins Bundeskabinett wollten. Das ist aber nicht Opposition, wie wir sie verstehen. Sie muss, wie Markus Söder konstatiert hat, seriös sein. Sie muss konkrete Handlungsempfehlungen aufzeigen. Sie darf aber in einer solchen Ausnahmesituation in der wir sind, nicht mit der Regierung eine falsche Nachsicht aus parteipolitischen Motiven haben. Weder ist es legitim zu versuchen, die Krise zu nutzen, um parteipolitisch Kapital zu schlagen, wie wir es bei

Mitbewerbern gesehen haben. Aber genauso wenig sollte man nachsichtig mit einer Regierung sein. Weil die lebendige parlamentarische Debatte zwingt die Regierung, ihre wissenschaftlichen Grundlagen offenzulegen, wie sie ihre Entscheidungen trifft. Die parlamentarische Debatte erlaubt, dass auch Alternativen abgewogen werden und nicht die scheinbare Alternativlosigkeit des Stillstands die öffentliche Diskussion bestimmt. Und die parlamentarische Debatte ist ein Beitrag zur Versöhnung der Gesellschaft mit sich. Denn selbst wenn man die Pandemiepolitik, die Frau Merkel prägt in der Sache nicht teilt, alleine, dass im Parlament vor Entscheidungen alternative Wege diskutiert werden, versöhnt die unterlegene Minderheit, die ihre Position nicht hat durchsetzen können, mit der getroffenen Mehrheitsentscheidung, weil nicht der Eindruck entsteht, dass abweichende Stimmen und alternative Strategien ausgeblendet werden. Deshalb ist von diesem politischen Aschermittwoch meine herzliche Einladung an die Kolleginnen und Kollegen der Grünen im Deutschen Bundestag, doch auch wieder kraftvoll und mutig, couragiert also, ihre Oppositionsrolle im Parlament wahrzunehmen. Es wäre für die politische Kultur in Deutschland gewiss ein Gewinn. Selbst wenn wir nicht jeden Punkt, den die Kollegen von den Grünen vorbringen, teilen würden.

Bei den Fragen der Schnelltests, ich sagte es schon, sind wir abgehangen. Jetzt hat Jens Spahn angekündigt "Ja, bitteschön, es soll jetzt bald Tests, Schnelltests geben mit zertifizierten Verfahren von qualifiziertem Personal". So gut und richtig das ist, der eigentliche Game Changer für die Pandemiebekämpfung wird daran liegen, dass Sie, ich, wir alle günstig und massenhaft jeden Tag, wenn wir uns im öffentlichen Raum bewegen wollen, Zugang zu einem Test haben, der dann auch keine finanzielle Hürde sein darf. Es ist ohne weiteres technisch möglich, einen Test zu machen und beim negativen Ergebnis auf der App, auf dem eigenen Smartphone einen für einige Stunden gültigen Ausweis der Freiheit von Coronaviren zu haben. Ein Schnelltest mit einem sofort verfügbaren Zertifikat, einem Pass, das man nicht ansteckend ist. Das könnte fundamental die Pandemiebekämpfung in Deutschland verändern. Und wir brauchen solche Methoden, gerade weil wir nicht wissen, ob der jetzige Impfschutz für dieses Virus auf Dauer wirksam ist oder was in der Zukunft kommt. Das kann ein Baustein für eine dauerhafte Infrastruktur zur Bekämpfung der Pandemie sein. Hier darf sich nicht wiederholen, was wir an Zögerlichkeit gesehen haben beim Impfprozess. Wir müssen jetzt bei den Schnelltests und bei den Selbsttests die zweite Chance nutzen. Die erste Chance, auszubrechen aus der Spirale des Stillstands beim Impfen, diese Chance hat Deutschland leider nicht genutzt. Egal wer dafür verantwortlich ist. Da können andere Aufklärungsarbeit leisten. Das werden die Parlamente tun. Aber jetzt ist hier entscheidend, dass wir die Situation verändern. Die zweite Chance jetzt bei Schnell- und Selbsttests, die darf nicht verstolpert werden. Deshalb ist Jens Spahn aufgefordert, umgehend eine Schnellzulassung für die Schnelltests nach österreichischem Vorbild zu erwirken. Und jeder weiß, dass dieser Schnelltest nicht absolute Sicherheit garantiert. Aber er schafft so viel Handlungssicherheit im Alltag, dass wir rausfinden aus dieser Spirale des Stillstands, die unser Land seit einem Jahr beschäftigt. Es ist eine Chance auf die schrittweise Normalisierung in unserem Land, die wir dieses Mal nutzen müssen.

Dieser MPK-Beschluss, von dem ich gesprochen habe, Stichwort "Wir bleiben zu Hause" als das zentrale Instrument der Pandemiebekämpfung, dieser Beschluss hat ja nun noch andere Bestandteile. Wir dürfen wieder zum Friseur. Eine gute Nachricht für dieses Handwerk. Eine gute Nachricht für alle Menschen, die unter ihrem Haarschnitt leiden. Und ich gönne sowohl den Betrieben, als auch den Menschen, dass der Friseur wieder öffnet. Nur wo ist die innere

Logik der Entscheidung? Wenn wir tatsächlich sagen, trotz Pandemie und einer Mutation können Friseure öffnen, weil dort Hygiene Konzepte umgesetzt werden, so richtig es ist, so sehr kann dieses Argument doch nicht nur auf die Friseure beschränkt werden, meine Damen und Herren. Wenn die Friseure öffnen dürfen, mit einem Hygienekonzept, dann muss unter den gleichen Bedingungen auch in anderen Bereichen Öffnung gestattet werden. Ein Betrieb, ein Fitnessstudio, ein Kosmetiksalon, ein Einzelhandelsgeschäft, ein Theater oder Kinosaal, wo in gleicher Weise Hygiene gewährleistet werden kann, wie es möglich ist heute bei den Friseuren, der muss die gleichen Möglichkeiten auf Öffnung haben. Und genau das können wir jetzt bereits leisten. Gerade bei Kosmetik, bei Sport, im Bereich des Handels, aber bald auch bei der Gastronomie und vergessen wir bitte nicht die Kultur, weil es ein menschliches Bedürfnis nach kultureller Betätigung, nach kulturellem Erleben gibt, weil wir sonst seelisch verkümmern. Das gehört auch übrigens zur Gesundheit hinzu, die seelische Gesundheit im Blick zu behalten. Eine solche Strategie, die auf Hygienekonzepten setzt, übrigens durchaus in Verbindung mit den von mir genannten Schnelltests, die ist bereits jetzt möglich. Deshalb ist es zu spät, dass erst im März die nächste Ministerpräsidentenkonferenz stattfindet. Schaut man auf die Infektionszahlen heute am Tag, vielleicht nicht in Passau, wo Markus Söder heute ist, aber an vielen anderen Stellen im Land, in vielen anderen Landkreisen, liegt die Inzidenz unter 50, unter 35 gar. Also spätestens dort ist auch regional sehr viel mehr möglich, als wir jetzt pauschal flächendeckend in Deutschland verbieten. Wir brauchen also eine andere Pandemiestrategie bereits heute. Mein dringender Rat an die Frau Bundeskanzlerin ist: Warten Sie nicht darauf, dass es massenhaft Klagen in Deutschland gibt, weil sich Betriebe rechtlich benachteiligt sehen, weil vor Ort kein Pandemiegeschehen mehr ist, das scharfe Grundrechtseinschränkungen rechtfertigt oder weil andere Betriebe mit Hygienekonzepten öffnen, der eigene aber nicht. Warten Sie nicht auf die möglicherweise drohende Klagewelle. Sondern laden Sie die Regierungschefin und -chefs der Länder umgehend noch im Februar ein, um über einen klaren Fahrplan zur Öffnung dieses Landes zu sprechen und dort Öffnung zu gestatten, wo sie heute bereits verantwortbar ist, ohne dass es zu gesundheitlichen Risiken kommt, die niemand bereit wäre, politisch zu tragen.

Meine Damen, meine Herren, manche haben ja, wie soll ich sagen, diese Gipfelidee von Peter Altmaier als eine reine PR-Veranstaltung gesehen, die gestern stattgefunden hat. Ich glaube, es ist mehr als eine PR-Veranstaltung gewesen. Es war der Versuch der Beschwichtigung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer. Der Wirtschaftsminister hat eingeladen, um sich noch einmal anzuhören, wo denn der Schuh drückt und was man tun könnte. Als wenn wir in der Politik nicht jeden Tag seit Monaten hören würden, was notwendig ist. Zuerst eine Perspektive auf Öffnung, die gestern gefordert worden ist. Wo ist sie gewesen? Sie konnte da in dieser Runde gar nicht besprochen werden, weil Kanzlerin und Kanzleramtschef, die die Krisenstrategie wesentlich prägen, waren gar nicht zugegen. Das übrigens für sich genommen ist ja bereits auch ein politisches Statement. Die Wirtschaft darbt, 100 000 Arbeitsplätze sind möglicherweise gefährdet, tausende Betriebe in ihrer Existenz nicht gesichert, Menschen fürchten um ihr Lebenswerk, Solo-Selbstständige gehen an die Alterssicherung heran, um über die Runden zu kommen, weil sie mit der vom Staat angebotenen Grundsicherung also weniger vornehm gesagt Hartz IV, nicht zurechtkommen. Und dann kommt es zu einem Wirtschaftsgipfel. Und der Wirtschaftsminister hört sich's an und nichts, so gut wie nichts passiert. Die wesentlichen Entscheider sind nicht mit am Tisch. Das zeigt in Wahrheit, meine Damen, meine Herren, wie die Prioritätensetzung in dieser Regierung ist. Der Gesundheitsschutz wird gesehen, auch vom Kanzleramt. Das ist gut und richtig und wird nicht kritisiert. Dass aber die Pandemiebekämpfung auch enorme soziale und wirtschaftliche

Schäden hat, das fällt aus der Betrachtungsweise heraus. Nach meinem Eindruck, meinem in den letzten Monaten verfestigten Eindruck, sucht sich der engere Entscheiderkreis der Bundesregierung im Übrigen ja auch vor allem Rat bei Virologen und Epidemiologen. Deshalb wird natürlich die Krisenstrategie besonders auf diese Aspekte gelenkt. Aber wichtige soziale und ökonomische Fragen bleiben dadurch unterbelichtet. Andere machen es besser, wie beispielsweise das Land Nordrhein-Westfalen mit einer CDU/FDP-Regierung, das einen interdisziplinären Expertenrat eingerichtet hat. Und diese Engführung auf den Gesundheitsschutz aus virologischer Perspektive und das Ausblenden sozialer und wirtschaftlicher Schäden im Kanzleramt, dieses Ausblenden wurde bestätigt durch den Gipfel mit der Wirtschaft, der einen Gipfel der Unverbindlichkeit gewesen ist. Kanzlerin, auch Finanzminister fehlten und deshalb blieb dieser Gipfel folgenlos. Was jetzt notwendig wäre, wäre, dass die Hilfen endlich ausgezahlt werden. Sie sind damals, im November, versprochen worden, meine Damen und Herren, um Branchen wie z.B. der Gastronomie einen Wellenbrecher-Lockdown erträglich zu machen und Protest zu reduzieren, aber das Geld wird im Februar nicht mehr fließen. Also brauchen wir schnell eine Umsetzung, vielleicht auch ein ganz anderes Verfahren, das nicht mehr wechselt: Mal ist es der Umsatz, mal sind es die Fixkosten. Sondern das auf eine andere, dann aber auch dauerhaft verlässliche, unbürokratische Grundlage das System verändert. Das kann jetzt schnell erfolgen und würde die Antragsstellung der unterschiedlichen Programme massiv beschleunigen, würde Existenzen damit sichern. Warum gibt es seitens der Bundesregierung immer noch nicht die Bereitschaft, die Verluste des Jahres 2020 und 2021 bei der Steuer voll zu verrechnen mit den Gewinnen der Jahre 2017, 2018 und 2019? Wenn man das im Bundestag vorschlägt, meine Damen, meine Herren, in der letzten Plenarsitzung, aus der ersten Reihe der CDU gibt es dann Lachen. Dann heißt es "Ja Mensch, ihr von der FDP. Jetzt soll das Jahr 2017 bei der Steuer auch noch verrechnet werden mit den Verlusten des Jahres 2020 und 2021!" Dann wird da geulgt und gelacht in der ersten Reihe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Grund, warum wir jetzt auch das Jahr 2017 einbeziehen wollen, der Grund liegt ganz einfach darin, dass auch der Stillstand länger dauert und deshalb natürlich auch die Verluste und die Existenzsorgen steigen. Dieses Instrument muss dringend, weil es praxistauglich ist, genutzt werden, damit wir die Kenntnisse und die Kapazitäten der Finanzbehörden nutzen können, um das Überleben von tausenden Betrieben in unserem Land zu sichern. Das hätte Gegenstand des Gipfels bei Herrn Altmaier mit der Kanzlerin und dem Finanzminister sein müssen, wenn es über die Beschwichtigung hinaus einen Sinn hätte haben sollen. Wir werden an diesem Thema, ich befürchte noch länger, dran bleiben müssen, weil ein Umdenken insbesondere bei den Sozialdemokraten nicht zu sehen ist. Die SPD spricht ja stattdessen über Steuererhöhungen. Was für eine Verheißung für den Mittelstand, das Handwerk, den Solo-Selbstständigen, der gerade erst alle Rücklagen und Reserven aufgebraucht hat. Der nach der Krise investieren muss. Der Arbeitsplätze sichern muss. Der in einem ohnehin dynamischen Umfeld mit Veränderungen im Welthandel und neuen Technologien sich neu aufstellen muss. Dass dann noch das Versprechen von SPD übrigens auch Grünen und Linkspartei ist, dass die Steuerlast noch weiter erhöht wird. Ich komme gleich nochmal kurz darauf zurück.

In diesem Jahr und, ich habe es mancher Aschermittwochsrede auch heute schon angemerkt, und wir selbst sind nicht davon frei, schauen wir natürlich auf den 26.9. und auf die Richtungsentscheidungen, die anstehen. In einem so bedeutsamen Jahr, wo eine Zäsur ansteht, ein Epochenwechsel ansteht, weil eine Regierungschefin seit 16 Jahren amtiert und nicht mehr antritt. Da ist es völlig normal, dass die Parteien sich unterschiedlich aufstellen und dass man die politischen Unterschiede betont. Das hat übrigens auch der CDU-Vorsitzende

eben getan, wie ich gehört habe. Wenn ich es richtig mit einem Ohr verstanden habe, dann sprach er davon, alle anderen Parteien wollten jetzt, dass die CDU nicht mehr den Kanzler stellt. Auch die FDP. Alle wollten, dass die CDU jetzt nicht mehr das Kanzleramt besetzt. Das ist, lieber Armin Laschet eine Form von wahlkampfbedingtem politischem Verfolgungswahn. Wir haben keine Präferenz, welches Parteibuch der nächste Kanzler oder die nächste Kanzlerin hat. Wir wollen nur eins: Eine andere Politik. Eine Politik, die nicht mehr so ist wie die 16 Jahre Merkel-Politik. Wir wollen eine andere, eine Politik nach der Ära Merkel, wo wir neu ansetzen, neue inhaltliche Schwerpunkte definieren, Defizite, die sich in der Pandemie gezeigt haben, beseitigen und Stärken, die sich ebenfalls gezeigt haben, entwickeln. Und da stehen wir in diesem Jahr in einem neuen Aushandlungsprozess. Da wird es neue inhaltliche Auseinandersetzungen geben.

Nach der Pandemie verändern sich auch manche politischen Abwägungen und Werte. Es gab Stimmen, die allen Ernstes gefordert haben, dass wir den Klimawandel doch jetzt mit ähnlich rigorosen Maßnahmen bekämpfen müssten wie jetzt das Virus. Mit erheblichen Grundrechtseinschränkung. Da wurde gesagt: "Ja, jetzt sieht man ja bei der Pandemie, wenn es notwendig ist für das Überleben der Menschheit, was dann auch tatsächlich für Grundrechtseinschränkungen, für Freiheitseinschränkungen akzeptiert sind." In diesem Argument liegt ein Stück autoritärer Phantasie. Denn wir haben es bei der Pandemie mit einer akuten Notlage zu tun, die uns unvorbereitet getroffen hat. Auf der anderen Seite haben wir es bei der Bewältigung des Klimawandels mit einer tatsächlichen Menschheitsherausforderung zu tun, für deren Bewältigung wir aber nicht Tage und Wochen, sondern immerhin Jahre Zeit haben. Im Gegenteil würde ich sagen, der Verzicht auf innovative Technologie, auf intelligente Methoden bei der Bekämpfung von Corona, hat uns enorm den Preis gezeigt bei sozialer Sicherheit, beim Zusammenhalt der Gesellschaft, beim Wohlstand. Und deshalb dürfen wir gerade nicht diese Methode auch bei anderen Menschheitsherausforderungen wie etwa dem Klimaschutz anwenden. So sehr mancher Aktivist davon träumt. Das Leichteste wäre, alles zu verbieten, wie die Grünen den Verbrennungsmotor oder neuerdings auch das Einfamilienhaus nicht mehr als ein Versprechen, ein Aufstiegsversprechen für die Familie sehen und am liebsten alles verbieten und dichtmachen. Nein, gerade das kann nicht der Weg sein. Sondern aus der Pandemie müssen wir lernen, dass Technologie und intelligente Maßnahmen gleichzeitig Freiheit und Wohlstand sichern, weil eine Gesellschaft wie die unserem einen ähnlichen Preis, wie wir ihn jetzt bei der Pandemie gezahlt haben, eben nicht noch einmal entrichten kann und nicht muss, wenn wir auf die richtigen Instrumente setzen.

Und deshalb geht es in diesem Jahr darum, ja, will man diese Form der, die Vornehmen würden sagen Planifikation nach französischem Vorbild, also vom Staat orchestrierte Industriepolitik. Andere würden von einer harten sozialistisch-planwirtschaftlichen Wende sprechen. Wollen wir das? Vornehm spricht man heute vom Ordnungsrecht. Es hieß früher alles Verbot. Verbrennungsmotor wollen wir demnächst verbieten, aber haben noch gar keine richtige Alternative dafür, kommt insbesondere gerne von unseren geschätzten Mitbewerbern der Grünen. Ganz besonders interessant :Das schwarz-gelb regierte Nordrhein-Westfalen hält seine Klimaziele ein. Das grün-schwarz regierte Baden-Württemberg hält seine Klimaziele nicht ein. Stattdessen gibt's da jetzt von der grün geführten Landesregierung noch die Genehmigung eines Öl-Kraftwerks. Die Grünen wollen auf der anderen Seite die Gaspipeline Nord Stream 2 prinzipiell zurückbauen, nicht nur unterbrechen, um eine ein Signal an den Kreml zu senden und die Interessen der Ukraine zu berücksichtigen. Sie wollen gleich

ganz gar keine Gaslieferungen mehr. Dafür bauen wir besonders schmutzige Öl-Kraftwerke. Den Weg kann man wählen. Planification und innere Widersprüche, die sich aus einer solchen Politik ergeben. Oder wir können auf den Biontech-Weg vertrauen: Spitzentechnologie, Forschungsfreiheit, privatwirtschaftliche Initiative, privates Kapital, das mobilisiert wird, um Innovationen zu entwickeln, die Freiheit und Wohlstand mit großen Zielen gar für die Menschheit vereinbar machen. Und genau diesen Weg empfehlen wir unserem Land. Mit einer Rückbesinnung auf die Idee der eigenverantwortlichen Menschen. Wir sind keine Untertanen, die vom Staat erfahren müssen, was sie zu tun und zu lassen haben. Jenseits der Regeln sind wir eigenverantwortliche Menschen, die sehr gut wissen, was gut für uns und unsere Familien ist. Die Millionen Menschen in unserer Gesellschaft haben eine sehr präzise Vorstellung davon, in ihrer Summe, was Zukunft hat und was nicht. Diese Menschen muss man machen lassen. Ihre Kreativität müssen wir wieder mobilisieren. Wir wollen auf die Weisheit der Vielen setzen, statt nur auf die möglicherweise Einfältigkeit von wenigen zu hoffen, dass sie schon Recht behalten mögen. Das ist das Versprechen unserer freiheitlichen Wirtschaftsordnung, der sozialen Marktwirtschaft, dass sie das Beste aus den Menschen hervorbringt. Die besten Produkte, Dienstleistungen, die wollen wir in den Dienst eben sowohl des individuellen Aufstiegs der Menschen als auch der großen Herausforderungen unserer Gesellschaft neu stellen. Deshalb lassen sie uns die bürokratischen Fesseln in unserem Land lösen, statt immer enger zu ziehen. Lassen Sie uns, statt Steuern zu erhöhen, den Menschen wieder mehr von den Ergebnissen ihrer Schaffenskraft, um zu investieren oder um sich selbst zu belohnen für das, was man hart erarbeitet hat. Und vor allen Dingen, lassen Sie uns gemeinsam wieder unsere Liberalität pflegen. Eine skeptische Staatsfreundschaft statt einer totalen Staatsgläubigkeit. Ein kritisches Bewusstsein gegenüber Regierungen, denen wir ihre edlen Motive nicht absprechen müssen. Wo wir aber immer hinterfragen müssen, ob sie tatsächlich die richtigen Schlussfolgerungen ziehen. Und vor allen Dingen lassen sie uns gemeinsam wieder in eine Zeit kommen, in der wir unbefangenen Menschen treffen können, umarmen können, einen politischen Aschermittwoch feiern können, so wie der in der Vergangenheit. Mit Geselligkeit, mit Zupacken und auch mit mehr Fröhlichkeit, weil die großen, schweren Sorgen, die uns im Jahr 2021 beschäftigt haben, hoffentlich bald von unseren Schultern genommen sein werden. In diesem Sinne wünsche ich Ihnen alles Gute und auf ein gesundes Wiedersehen beim politischen Aschermittwoch 2022 - dann wieder mit vielen von Ihnen im Saal. Alles Gute!